

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Eisenbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachelosen u. Steinzeugindustrie, in Schiefelstempfereien und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheinungsdauer: monatlich. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 0 5 0 5 7 7 6 5 0, 7 6 5 0, 6 2 4 0. Postfach Nr. 6 5 2 3 2.

Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentralf. Geschäftsangelegenheiten nach Berlin durch „Berba“, Berlin SW 11.

Würdige Helfershelfer der Scharfmacherclique.

Unsere Gewerkschaften kämpfen gegen eine Welt von Feinden. Vor allem sind es die Unternehmer und ihre Presse, die sie mit grimmigstem Haß benennen. Seltener erblickt noch ein Unternehmerblatt das Licht der Öffentlichkeit ohne einen von Abneigung oder gar fanatischem Haß getragenen Aufsatz gegen die Gewerkschaftsbewegung. Unablässig werden Kübel voll des übelsten Inhalts von dieser Presse auf die Gewerkschaften ausgeleert. Daneben wird die Regierung unablässig von den Scharfmachern aller Grade bestärkt, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge und des Schlichtungswesens zu befestigen. Unablässig wogt der Kampf der Unternehmer gegen „übersehnte“ Löhne, gegen verkürzte Arbeitszeit und die sozialen Rechte der Arbeiterklasse. Unablässig wird von ihnen die ungeheure Krise dazu benutzt, um die gewerkschaftliche Front, diesen einzigen ernsthaften Gegner des Unternehmertums, niedrigerzuziehen.

Das verstehen wir. Das ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der besonders in Krisenzeiten bis zur Siebeshölle aufblüht. Die Gewerkschaften kennen diese alten Gegner und ihre gelben Verbündeten, die Nazis, und richten ihre Maßnahmen darauf ein. Aber ist es nicht ein ungeheures Verbrechen, wenn in solchen kritischen, kampfunterworfenen Zeiten der hart bedrängten Arbeiterschaft eine Ausharberparade, die sich sogar „kommunistisch“ nennt, den industriellen und junkerlichen Scharfmachern Deutschlands als getreuer Helfershelfer beibringt? Schon die Abstimmung zum preußischen Volksentscheid hat dies erwiesen. Aber diese Niederlage hat die von Ausland subventionierte Bolschewistenpartei keineswegs eines Besseren belehrt; sie hielt unentwegt zu neuen verbrecherischen Anschlägen aus gegen unsere Gewerkschaftsbewegung. An der Spitze dieser Bewegung steht ein Bourgeoisöhnchen aus dem Berliner Westen, Heinz Neumann. Dieser ausschließlich im Auftrage Moskaus handelnde Luchsbauer hat sich vor allem als Kampfsziel die Niederbringung unserer Gewerkschaften auserkoren. Alles bisherige übertritt aber der unter seiner Mitwirkung zustandgekommene nachstehende Beschluß der Parteileitung der KPD, der kürzlich durch die Presse die Kunde machte:

„Der Einfluß der Lohnabbaugewerkschaften des ADGB muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verhaften unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB, die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbaugewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den ADGB im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstufungszahlungen an Verbandmitglieder werden um 30 % und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliederkreise und anderer Belegschaften zur massenhaften Beitrittspartei müssen tatkraftig unterstützt und zum Übertritt in die KPD gefördert werden.“

Gefäßiger und gemeiner kann die KPD unserer Gewerkschaftsbewegung gegenüber nicht mehr werden. Frechen Mutes nennt man die an der Spitze des ADGB stehenden Gewerkschaftsführer „Unternehmeragenten“, sogar „gemeingefährliche Verbrecher“. Wir haben es nicht nötig, diese makellos dastehenden und unablässig gegen das Wohl der Arbeiterschaft bemühten Männer gegen solche hundsgemeinen Anwürfe in Schutz zu nehmen. Keiner von denen, die diese Gemeinheiten in die Welt setzen, kann solche Erfolge und positiven Errungenschaften für die Arbeiterschaft aufweisen, wie sie gerade diese Gewerkschaftsführer in den letzten 12 Jahren für die

Arbeiterschaft herausgeholt haben. Wenn ihnen bei ihrem unablässigen Mühen nicht alles gelang, so sind nicht zuletzt gewissenlose Elemente vom Schlage der Neu- und Thälmannler daran schuld. Man beachte auch den Jubel dieser „Arbeiterfreunde“ über die „Mitgliederflucht“ in den freien Gewerkschaften. Man beachte die ungemischte Freude, daß die Beiträge nicht mehr in allgewohnter Weise fließen. Man beachte das hämische Grinsen, mit dem festgestellt wird, daß die Unterstufungszahlungen an die Verbandsmittglieder abgebaut werden müssen. Man beachte aber auch dabei, in welcher gefäßigen und ungeheuerlichen Art und Weise bei solchen „Feststellungen“ übertrieben und gelogen wird. Wenn die Gewerkschaften in solchen Zeiten Mitgliedererlustungen erleiden, so ist dies angesichts des beispiellosen Daniederliegens des Wirtschaftslebens eine ganz natürliche Erscheinung. Allerdings haben die Gewerkschaften nicht 500 000 Mitglieder, wie hinausposaunt wird, verloren, sondern nur 230 640 oder 4,7 %. Aber die Moskowiter „verdoppeln“ diese Verluste jedenfalls in der Annahme, dadurch den industriellen Scharfmachern bei ihren Kämpfen gegen die Arbeiterschaft mehr Mut einflößen zu können. Auf der gleichen niedrigen und verleumdlichen Stufe stehen die Anwürfe gegen die Arbeiterbank und die gewerkschaftlichen Wirtschaftsbetriebe. Die KPD konstatiert ihren „völligen Bankrott“. In Wirklichkeit steht keine Bank in Deutschland gestifteter da als gerade die Bank der Arbeiter und Angestellten. Und die Konjunktionsgesellschaften haben sich bisher in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß dies geradezu zur Bewunderung herausfordert. Allerdings dort, wo Konjunkturreine durch Kommunisten geleitet wurden, wie in Halle,

Gosha und anderen Orten, dort hat man diese Verelnde heruntergewirtschaftet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Doch wie steht es denn mit den Zeitungsbetrieben der KPD? Sie können sich nur noch halten, indem das Personal zum Mindeststaf und außerdem 6 Stunden mehr je Woche ohne jedwede Bezahlung dieser Leberfunden schuftet. Jedenfalls kennzeichnet der oben skizzierte, von Verleumdung und maßlosem Haß diktierte Angriff auf die freien Gewerkschaften den Geist, der dort drüben vorhanden ist. Aber wir können das Treiben dieser volksfeindlichen und gewissenlosen Elemente am treffendsten kennzeichnen, wenn wir einem kommunistischen Blatte hierzu das Wort erteilen. Die kommunistische „Arbeiter-Politik“ der Brandlerischen schrieb zu dieser verbrecherischen Auslassung der Parteileitung der KPD folgendes:

„Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Krise und damit die Gewerkschaften zu zerbrechen — zur „Beitrittssperre“ und „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß versehen!“

Die KPD und ihre KPD, haben sich den reaktionären Großkapitalisten und Junkern auf Geheiß und Verord als Bundesgenossen verschrieben. Wir hoffen, daß angesichts solcher Spitzeneinstellungen in der Gewerkschaftsbekämpfung der von der KPD irreführenden Arbeiterschaft endlich die Augen aufgehen. Soll die Arbeiterschaft ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß solchen Verbrechern an den distalen Belangen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden!

Das Schicksal der baugewerblichen Tarifverträge und Löhne.

Unter dieser Stichmarke finden wir in der „Baumwelt“ Nr. 35 einen Aufsatz, zu dem wir in aller Kürze einiges sagen möchten. Nachdem darin über die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zur Allgemeinverbindlichkeitsklärung der baugewerblichen Arbeitsverträge etwas gesagt ist, wird erklärt, die Lohnsenkungen im Baugewerbe und in den Baunebenberufen bewegten sich im allgemeinen zwischen 7 bis 10 %. Wir wollen nicht annehmen, daß die „Baumwelt“ hier mit Wohlstand flunkert, sondern ihrer Unwissenheit etwas zugute halten und kurz und wahrheitsgemäß feststellen, daß sich der Lohnabbau im Baugewerbe zwischen 7,7 und 15 % bewegt. Ja, es sind sogar in einzelnen Fällen die Löhne bis zu 26 % abgebaut worden. Aber dann erklärt die „Baumwelt“ den von ihr gnädigst zugefandenen Lohnabbau von 7 bis 10 % für „ungerechtfertigt“, und dies etwa nicht nach unserer Auffassung, sondern, weil die Bauarbeiter ein erheblich höheres Einkommen hätten als die übrige deutsche Arbeiterschaft, die schließlich aus ihren niedrigeren Einkommen wegen überhöhter Baukosten durch verteuerte Mieten das höhere Einkommen der Bauarbeiter aufbringen müßte.

Das ist ebenso unfeindlich wie unwahr gefunkert. Wir berufen uns auf unseren Aufsatz in Nr. 35 des „Grundstein“, wo auf Seite 274 ausführlich festgestellt worden ist über das Verhältnis der Bauarbeiterlöhne zu den Löhnen in anderen wichtigen Industriezweigen. Diese unüberlegliche Aufmachung beweist klipp und klar, daß die Bauarbeiterlöhne über „überhöht“ Einkommen wahrhaftig nicht klagen kann, sondern neuerdings damit rund und nett am hinteren Ende marschieren. Aus der Zeitlichkeit „Wirtschaft und Statistik“ sucht die „Baumwelt“ allerdings die „hohen“ Löhne der Bauarbeiter herauszureden. Aber auch diese Rechnung geht — selbst die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt — vollkommen fehl, da die besonderen Verhältnisse in den anderen Industrien absolut keine Berücksichtigung finden. Ueber wird die ungeheuer große Arbeitslosigkeit, die im Baugewerbe wie in keiner anderen Industrie herrscht, dabei berücksichtigt, noch werden angesichts die vielen Ausgestoßen der Bauarbeiter durch ungenügende Mitterung, noch die Tatsache, daß die meisten Bauarbeiter auf Grund der besonderen Eigenheit des Baugewerbes weite An- und Umarmwege zu und von der Arbeitsstelle haben, zum großen Teil über Land arbeiten

und vielfach doppelten Haushalt führen müssen; es wird auch nicht in Betracht gezogen der größere Lebensverfleiß, auch nicht, daß die Bauarbeiterlöhne im Vergleich zu anderen Berufen so gut wie gar nicht gehöhrt werden, während dies auf die anderen Industrien durchgängig zutrifft, und daß außerdem den baugewerblichen Arbeitern keinerlei soziale Zulagen zum Lohn gegeben werden. Das kommt wie für alle Bauunternehmer auch für die „Baumwelt“ nicht in Betracht; man hat auf die ein vollkommen unklare Bild ergeben den Löhne und benutzt noch außerdem dabei eine Statistik vom 1. März 1931, in der der Frühjahrslohnabbau im Baugewerbe natürlich nicht enthalten sein kann. Und so wird dann frisch und frei herausgeredet, daß nach „Berechnungen“ der Reichskreditkassen der Bauarbeiterlohn im vergangenen Jahre 96,1 % über dem Stundenlohn von 1913 lag, während sich das allgemeine deutsche Lohnniveau seit dieser Zeit nur um 69,8 % erhöht habe. Rucke da! Die Bauarbeiter wären froh, wenn sich ihr Reallohn wirklich in dieser Weise gegenüber 1913 verändert hätte, sie würden dann nicht mehr über mindere Bezahlung ihrer Arbeit klagen. Im übrigen in dieser Frage der „Baumwelt“ und dem Bauunternehmertum immer wieder nur raten, die Akkordarbeit günstig abuschaffen. Es liegt ja doch bei ihnen, ob in Akkord gearbeitet werden soll oder nicht. Wenn der Bauunternehmer erklärt, die Arbeit am Bau werde nur in Lohn ausgeführt, so wird sich die Arbeiterschaft dagegen nicht sträuben können. Aber heute beschaffen wir vielfach das Gegenteil. In vielen Orten müssen sich unsere Kollegen dagegen wehren, daß die Akkordarbeit

Zeit in den zuständigen Verbandsorganen beraten. Besonders beachtlich ist, wie sehr sich die internationalen Verbindungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes gefestigt haben. Beide Verbände, die sich sonst nicht genug über die internationalen Bestrebungen der Arbeiter entäußern konnten, gebären der internationalen Vereinigung der Bauunternehmer in Paris an und nehmen auf ihre Geschäftsführung maßgebenden Einfluß.

Der vorjährige Kongress der baugewerblichen Unternehmerinternationalen beschäftigte sich auch eingehend mit der Frage der Kartellwirtschaft. Den Bauunternehmern in Deutschland ist es gelungen, auf diesem Gebiet einen vollen Erfolg zu erringen. Die Verbindungskarteile, die im Baugewerbe als die angelegentlichste mögliche Form der Kartellbildung von den Unternehmerverbänden gefördert werden, und die als sogenannte Preisabstufungskarteile einer Sonderbehandlung unterliegen, sind durch die erste Rotverordnung im Jahre 1930 in den allgemeinen Rahmen der Kartellwirtschaft eingegliedert worden. Die Folge der Aufgabe der Sonderbehandlung war eine verfeinerte Kartellbildung. In der Abmilderung der Kartellbeschränkungen zum Kartellwirtschaft haben die baugewerblichen Unternehmerverbände wieder die Nähe nach Kosten gesucht. Einen möglichst noch größeren Erfolg erliefen sie in der Bekämpfung der Regiearbeit der öffentlichen Wirtschaft. Vertriebsmäßig ist auch die Beeinflussung der Regierungsstellen durch die Unternehmerverbände und ihre politischen Vertretungen erfolgt gewesen, wie die Erlasse der Reichsregierung, insbesondere des Wehrministeriums, an die Reichsverwaltung erkennen lassen, die in den erwähnten Jahresgeschäftsberichten abgedruckt sind.

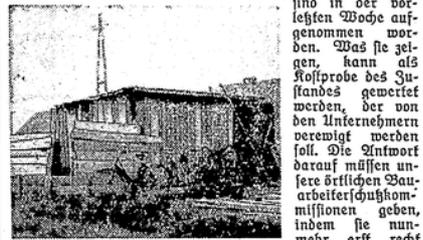
Besonders ausführlich berichten die Unternehmerverbände über die Tarifpolitik. Wenn man den Angaben glauben darf, so hat der Abschluß des Tarifvertrages für Bau-, Beton- und Eisenarbeiten im Frühjahr 1931 in der Verbandspolitik der Unternehmer große Anforderungen gestellt. In großen Teilen der Wirtschaft war der einschlägige Willen lebendig, die Tarifpolitik auf einem weitgehenden Abbau der Arbeitsbedingungen auszunutzen und zu diesem Zweck tariflos zu werden. Recht widerprüchlich sind die Angaben, die zur Lohnpolitik gemacht werden. Im einleitenden „Ueberblick“ berichtet der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe: „Es hieß das wirtschaftliche Spiel der Kräfte verkennen, wollte man behaupten, daß das heutige nahezu völlige Wiedererleben der deutschen Bauwirtschaft nur oder in erster Linie eine Folge der hohen Bauarbeiterlöhne sei...“ Dieser sichte Gedanke scheint aber dem Arbeitgeberverband erst gekommen zu sein, nachdem als Folge der unglücklichen Lohnabstufung die Wirtschaftslage sich weiter verschärft. Daß die Bauunternehmer künftig nach dieser Erkenntnis auch die Lohnpolitik gestalten werden, ist kaum anzunehmen. Wie umständlich der Frühjahrsgangriff auf die Bauarbeiterlöhne vorbereitet war, darüber berichtet der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes. Nach einer bitteren Klage darüber, daß die „angemessenen“ Lohnabstufungskarteile der bezirksweisen Tarifämter von der zentralen Schiedsstelle abgemildert wurden, schreibt er: „Während noch Wochen vorher in offiziellen Besprechungen von Vertretern aus dem Baugewerbe mit Regierungsstellen bezüglich der Wunsch erkennbar war, dem Baugewerbe eine fühbare Erleichterung durch eine verstärkte Herabsetzung der Löhne zu verschaffen, waren anschließend bis zur Entscheidung über diese Frage in der Einstellung der Regierungsstellen erhebliche Veränderungen eingetreten.“ Wir glauben, die Unternehmer haben alle Ursache, das berichtigte Wort von der gewerkschaftlichen Nebenregierung sehr vorsichtig anzuwenden. Recht interessant und für die gewerkschaftspolitische Kraft unseres Bundes sehr anerkennend sind die Ausführungen über die günstige indirekte Beeinflussung der Arbeitsbedingungen der Poliere durch den Baugewerksbund. Im Februar 1931 forderten die drei Spitzenverbände der Bauunternehmer vom Polierbund die Vereinbarung einer Kurzarbeitsklausel. Der Polierbund lehnte diese Verschlechterung des geltenden Tarifvertrages ab. Nach Meinung der Unternehmer ist diese Ablehnung nicht aus sachlichen Gründen geschieden, sondern durch die Haltung des Baugewerksbundes bestimmt worden. Da die Unternehmer anständig bemüht sind, unseren Bund von einer Beteiligung am Tarifvertrag der Poliere fernzuhalten, so streckten sie auch davor zurück, den Abschluß der Kurzarbeitsklausel durch Kündigung des Tarifvertrages zu erzwingen, weil sie befürchteten, bei einem Neuaufschluß könnten die Bauarbeitergewerkschaften die Beteiligung an dem Tarifvertrag der Poliere durchsetzen.

Wie die Unternehmer über die Sozialpolitik denken, ist zum Teil bekannt. Es sollte deshalb eigentlich nicht verwundern, wie der Geschäftsbericht eines Unternehmerverbandes hierüber berichtet. Was aber der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes als Ergebnis ihrer Tätigkeit auf diesem Gebiet ihren Mitglidern mitteilen, verdient, niedriger gehalten zu werden. Mit Genugtuung berichten die beiden Verbände über die weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, die „Reform“ der Krankenversicherung und über die Bemühungen, namentlich die Unfallversicherung abzubauen. Einen großen Teil ihrer Tätigkeit verwenden die Bauunternehmerverbände auf die Vorbereitung dieses sozialpolitischen Abbaues. Sie bemühen sich, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände für ihre Forderungen zu gewinnen und halten damit auch Erfolg, wie die Eingabe dieser Vereinigung im Frühjahr 1931 an die maßgebenden Regierungsstellen beweist. Auf den verschobenen Gehalt ihrer Forderungen ist die unverzügliche Inangriffnahme der Neuordnung der Unfallversicherung zu dringen.

Im großen Teil unrichtig sind die Angaben, die der Arbeitgeberverband für die Gewerkschaften macht. Sie sind nicht, wie in den Vorjahren, in einem besonderen Abschnitt besprochen worden, sondern der Arbeitgeberverband hat ihnen im Rahmen seiner tarifpolitischen Ausführungen einige kritische Zeilen gewidmet. Als Erklärung hierfür wird angegeben, die Bauarbeitergewerkschaften hätten für die Zeit des Berichtsjahres nur sehr lückenhaft über die Entwicklung ihrer Organisation berichtet, aus Furcht, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf ihren Organisationsstand mitteilen zu müssen. In Wirklichkeit hat unser Organisationsstand immer in „Grundstein“ Angaben über unsere Organisation gebracht und auch für das Jahr 1930 in seinem Jahresbuch, das in der Drucklegung begriffen ist, mit bekannter Gründlichkeit über seinen Stand und seine Tätigkeit berichtet.

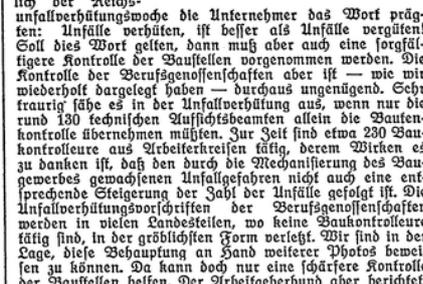
Auch der Zentralverband der Zimmerer und der christliche Bauarbeiterverband haben gegenüber dem Vorjahre nicht die Art ihrer Berichterstattung geändert. Wenn also wirklich Lücken in der Berichterstattung die unrichtige Beurteilung der Gewerkschaften veranlassen, so ist das nicht durch einen tatsächlichen Mangel an Informationsquellen verschuldet, sondern durch das Unterlassen des Arbeitgeberbundes, die Unterlagen für eine gründliche Beurteilung der gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse zu benutzen. Wir nehmen an, der Arbeitgeberverband hat auch bei der Fundierung seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erkenntnisse einen so verhängnisvollen „Mangel“ an sicheren Informationsquellen vorgefunden. Das erklärt viele seiner schädlichen Maßnahmen. Ein genaues Studium unseres Jahresbuches würde den baugewerblichen Unternehmerverbänden zeigen, wie wirksam es unserem Bund gelungen ist, die unglücklichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise für seinen Organisationsstand auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Stellungnahme des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zum Bauarbeiterlohnrecht ist nicht würdig den übrigen sozialpolitischen Abbaubestrebungen an. Der Abschnitt „Bauarbeiterlohnrecht“ seines Jahresberichtes ist besser Beweisl. Schon seit Jahren arbeiten die zuständigen amtlichen Stellen an einer „Musterordnung zum Schutz gegen Gefahren bei Bauarbeiten“. Der Entwurf dieser Verordnung ist nun endlich fertiggestellt und kürzlich dem Arbeitgeberverband zur Stellungnahme zugestellt worden. Würde der Entwurf Gesetz werden, so erscheint es möglich, vielleicht den Wirrwarr der vielen Polizeivorschriften zu beseitigen und die Bahn frei zu machen für gleiches Recht im ganzen Reich. Selbstverständlich ist der Entwurf dem Arbeitgeberverband zu weitgehend und zu hart. Deshalb verkündet er, daß er gegen ihn weitest gehende Abwehrmaßnahmen einnehmen würde. „Der Bund hat sofort mit den Bezirksverbänden und den anderen Spitzenverbänden des Baugewerbes zur Vorbereitung der nötigen Maßnahmen in Verbindung, die sich voraussichtlich zu einer weitgehenden Abwehrmaßnahme verbinden werden.“ Mit anderen Worten heißt das, die Unternehmer sind nicht bereit, die derzeitigen Mißstände auf den Baustellen zu beseitigen. — Die Widerstände in der vorliegenden Woche aufgenommen worden. Was sie zeigen kann als Kostprobe des jetzigen Standes gewertet werden, der von den Unternehmern peremtorisch werden soll. Die Antwort darauf müssen die Arbeiterkammern geben, indem sie nunmehr erst recht



aufpassen und alle derartigen Verstöße der Baupolizei anzeigen.

Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe berichtet auch über einen vollen Erfolg, der aber nur ein fruchtbarer Erfolg ist. Der Arbeitgeberverband hat nämlich erreicht oder bildet sich ein erreicht zu haben, daß er die weitere Einstellung von Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen verhindert hat. Wer so arbeitet wie dieser Arbeitgeberverband, begeht ein Verbrechen an dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter und schädigt die Allgemeinheit. Nun sind es drei Jahre her, daß gelegentlich der Reichs-unfallversicherungswoche die Unternehmer das Wort prägten: Unfälle verhüten, ist besser als Unfälle vergüten! Soll dies Wort gelten, dann muß aber auch eine sorgfältigere Kontrolle der Baustellen vorgenommen werden. Die Kontrolle der Berufsgenossenschaften aber ist mit wiederholt dargelegt haben, daß dies ungenügend. Sehr wenige der Unfallverursacher sind, wenn nur die rund 130 technischen Aufsichtsbearbeiter allein die Baustellenkontrolle übernehmen müssen. Zur Zeit sind etwa 230 Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen tätig, deren Wirken es zu danken ist, daß den durch die Mechanisierung des Baugewerbes gewachsenen Unfallgefahren nicht auch eine entsprechende Steigerung der Zahl der Unfälle gefolgt ist. Die Unfallversicherungsversicherungen der Berufsgenossenschaften werden in vielen Landesstellen, wo keine Baukontrolluren tätig sind, in der größtenteils Form verlegt. Wir sind in der Lage, diese Behauptung an Hand weiterer Photos beweisen zu können. Da kann doch nur eine stärkere Kontrolle der Baustellen helfen. Der Arbeitgeberverband aber berichtet: „Mit vollem Erfolg konnte der Bund dagegen auf dem Wege des Bauarbeiterlohnschutzes dadurch tätig werden, daß er zum wiederholten Male durch Einreichung begründeter Schriftsätze an zuständige Ortsbehörden in Unterfertigung bezirkslicher Anträge die unnötige Einstellung von Arbeiterkontrolluren verhinderte. Er bezeugte hierdurch in der Praxis erneut seine grundsätzliche Auffassung zur Frage der Einstellung von Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen, wie sie bereits in früheren Jahren hervorgehört worden war (vgl. Geschäftsbericht 1926/27, S. 123). Uns erfreuliches Zeichen für die Einsicht der Behörden war es hierbei zu bemerken, daß die über die Anträge der Gewerkschaften auf Einstellung von Arbeiterkontrolluren eingehenden Anträge des Bundes für das Baugewerbe schritten.“



Wemach ihr Herren! Mit solchen Mitteln erreicht ihr das Gegenteil von dem, was ihr wollt. Die organisierte Bauarbeiterkraft wehrt sich zu wehren. Unseren Landeskommissionen und den örtlichen Bauarbeiterkammern empfehlen wir, nunmehr erst recht auf die Einstellung von Baukontrolluren aus dem Arbeiterstande hinzuwirken.

Der Bericht enthält auch noch einige Angriffe auf die Eignung und das fachliche Können der Baukontrolluren, die wir schon wiederholt, weil unmaß und aus Schicklichkeit geboren, zurückweisen mußten. Aus purer Schicklichkeit sprechen die Unternehmer Leute das fachliche Können ab, die bisher in ihren Betrieben als Polier, Schachtmesser oder Postengelle fähig waren und zu ihrer Zuständigkeit gearbeitet haben.

Um die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe.

Am 27. August wurde im Reichsarbeitsministerium über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe erneut verhandelt. Bei den Verhandlungen am 23. Juni hatten sich die Unternehmer bekanntlich gewögert, zur Arbeitszeitverkürzung aus grundsätzlichen Erwägungen positive Stellung zu nehmen. Damals sagte zum Schluß der Vorsitzende dieser Verhandlung, Ministerialdirektor Dr. E. L. e. r., es würden noch weitere Sachverständige geladen, damit sich das Ministerium ein einwandfreies Bild machen könne.

Die Sachverständigen sind nunmehr vernommen worden. Daraufhin haben die Unternehmer eine besondere Studienkommission eingeleitet. Das dürftige Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission wurde nunmehr in der Sitzung am 27. August bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde auf Wunsch des Reichsarbeitsministers über eine Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe zunächst unter den Parteien, also ohne Besinnen von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, verhandelt. Die Unternehmer fragten ihr in der Zwischenzeit gesammeltes Material vor, das ausschließlich darauf hinausläuft, Gründe für die ablehnende Haltung der Bauunternehmer zur Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe herbeizubringen. Alle Antworten auf die in der hierzu besonders ausgedehnten Vertrieben gestellten fünf Fragen lauteten dahin, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit durch Mehrpersonnel von Arbeitern, aber bei Einschränkung von Arbeitern infolge höherer Kostengestaltung und der Unmöglichkeit einer Leistungssteigerung der Arbeiter den Unternehmern unerträgliche Mehrkosten entstehen würden. Unsere Vertreter waren auf diese Einwendungen vorbereitet. Es fiel ihnen nicht schwer, sie zu entkräften. Jedenfalls aber ergab auch diese Verhandlung, daß die Bauunternehmer auch jetzt noch an ihrer „grundsätzlichen“ Ablehnung festhalten. Sie wollen nur im Rahmen der Rotverordnung handeln, sie wollen sich auch nicht auf eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe während der Wintermonate einlassen. Der gegenläufige Beweisführung unserer Vertreter suchte man damit zu begegnen, daß man die Öffnung der Kalkulationsgrundlage unserer Bauhütten, die die tägliche Arbeitszeit bereits verkürzt haben, forderte. Würden sie diese Kalkulationsgrundlage nicht vorlegen, dann müßten die Unternehmer dem Reichsarbeitsminister berichten, daß die Verhandlungen gescheitert seien, weil die Arbeitervertreter den W e i s s ihrer Behauptungen nicht hätten erbringen können. Da kein Mensch verlangen kann, daß den privaten Bauunternehmern Einblick gewährt wird in die Geschäftsführung unserer Bauhütten, stand damit von vornherein fest, daß es nie d e r zu keiner Vereinbarung kommen werde. Alle Verträge unserer Vertreter, die Unternehmer von ihrer Meinung abzubringen, mußten deshalb scheitern. Dies werden nunmehr die Unternehmern dem Reichsarbeitsminister mitteilen, worauf ihm Gelegenheit gegeben ist, von sich aus die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Das Verhalten der Unternehmer auch bei diesen Verhandlungen zeigt dann, daß ihnen jede Einsicht in die sich anbahnenden Verhältnisse fehlt. Abnugslos bestehen diese Herren auf ihren Schein und begreifen nicht, was sich aus einer Verschärfung der sowieso schon gereizten Stimmung in den Kreisen der Bauarbeiter ergeben kann. Wer so rücksichts- und abnungslos und die Umwelt nicht beachtend auftritt, der beweist nur, daß ihm der brutale nackte Machtstandpunkt über alles geht und daß ihm jegliche Politik der Vernunft fehlt!

Immer noch keine Allgemeinverbindlicherklärung der Löhne im Baugewerbe!

In einer Aussprache mit dem Reichsarbeitsminister hat unser Vorsitzender kürzlich die stärksten Bedenken gegen die Absicht vorgetragen, für das Bau-, Beton- und Tiefbaugewerbe allgemein ebenso zu verfahren, wie das bereits für Baunern wegen der Tiefbauarbeiterlöhne und bei den Stukkateuren, Putzern und Steinbildnern geschehen sei, also die Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirksarbeitsverträge abzulehnen. Bei der Verpöschung hat unser Bundesvorsitzender alle Gründe, die für die Allgemeinverbindlichkeit sprechen, mit größtem Nachdruck vorgetragen. Minister Dr. Stegerwald vertrat jedoch die Auffassung, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo in den meisten Industrien, besonders in den großen Exportindustrien, nur kurzfristige Lohnvereinbarungen beständen, es für ihn als Arbeitsminister unmöglich sei, die „hohen“ Bauarbeiterlöhne bis zum Frühjahr 1932 gesetzlich festzusetzen. Soweit dürfte die Staatsmacht nicht gehen, daß sie solche Löhne, die die Stunden geben, allen anderen Industrien voraus seien, Driften aufzujagen.

In einem vorausgegangenen Schreiben vom gleichen Tage, g. Goldschmidt, wird darauf verwiesen, daß, weil die gutachtlichen Verfügungen der Landesregierungen zu unserem Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung des Reichsarbeitsvertrages im Bau-, Maurer-, Zimmerer- usw. gewerbe noch nicht vollständig eingegangen sind, eine Entscheidung auf Allgemeinverbindlicherklärung bisher nicht getroffen werden konnte. — Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit soll also einstweilen noch abwartend sein. Also warten wir ab!

BUNDES-TRIBÜNE

(Zu früheren Aussprachen.)

DER WERT DER TARIFVERTRÄGE

Wenn wir künftig mehr als bisher in der Wirtschaft mitbestimmen wollen, müssen die Tarifverträge entsprechend ausgebaut werden. Es dürfen nicht nur arbeitsrechtliche Dinge geregelt werden. Auch wirtschaftliche Interessen müssen Beachtung finden. Solche Bestimmungen werden in ihrer Güte ebenfalls von der Stärke der Gewerkschaft abhängig sein. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß es nie eine wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter geben wird, wenn die Funktionäre nicht schon heute planmäßig für solche Tätigkeit herangebildet werden. Die Baudelegierten dürfen ihre Rechte nicht lediglich vom arbeitsrechtlichen Standpunkt aus sehen, sie müssen auch bei der Einrichtung der Baustelle und bei der Einteilung der Arbeit mitreden. In weiterer Zukunft müssen sie auch bei der Planung und der Wirtschaftlichkeit des Bauens mitzubestimmen haben. Das Hineinwachsen in diese technisch-wirtschaftlichen Dinge ist aber nicht leicht. Wer auf wirtschaftlichem Gebiet mittun will, muß Kenntnisse haben. Es sollte darum bei der Schulung der jungen Kollegen ein Hauptaugenmerk auf die Heranbildung von Baudelegierten gelegt werden, die auch wirtschaftliches Verständnis haben. Wir dürfen aber mit der Schulungsarbeit nicht warten, bis etwa

Bestimmungen im Tarifvertrag vereinbart sind. Leisten wir Vorarbeit, damit von der Wirtschaftsdemokratie im Baugewerbe in absehbarer Zeit etwas verwirklicht werden kann.
F. Neumann.

Tarifverträge sind ohne Zweifel von nicht zu unterschätzendem Wert. Obwohl nun mehr oder weniger hier und dort die Löhne gesenkt wurden, so darf man doch den Wert von Tarifverträgen nicht verkennen.
Viktor Voigtmann, Coswig Sa.

Der Wert der Tarifverträge besteht in dem kulturellen Fortschritt und in der wirtschaftlichen und sittlichen Hebung der Arbeiterklasse.
A. Robitzsch, Freital II.

Tarifverträge haben auch für die Wirtschaft eine große Bedeutung, da sie eine gewisse Kaufkraft sichern und so belebend wirken; sie sind also Lohn- und Kaufkraftregulatoren.
Albert Reuter, Plauen I. V.

Tarifverträge machen den Arbeiter zum Mitbestimmenden bei der Festsetzung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen, fördern also die Bestrebungen nach Selbstverwaltung.
Walter Kaiser, Michlitz.

VIERZIGSTUNDENWOCHE

Vierzigstundenwoche durch Gesetz.

Jede Verkürzung der Arbeitszeit ist bisher nur durch Kampf erreicht worden. Auch die Vierzigstundenwoche wird uns nicht in den Schoß fallen. Die Vierzigstundenwoche ist eine unbedingte Notwendigkeit, die Rationalisierung zwingt dazu. Die von den Wirtschaftsführern gemachten Einwände, technische Schwierigkeiten lassen eine Einführung der Vierzigstundenwoche nicht zu, sind nicht haltbar. Die Vierzigstundenwoche, verbunden mit Einstellungszwang, mußte durch Gesetz eingeführt werden. Durch Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnausgleich bekommt die Arbeiterschaft ihren Anteil an der Rationalisierung.
Karl Bieler, Grimnitzschau.

Warum brachte die Regierung Brüning nicht den Mut auf, die Vierzigstundenwoche gesetzlich einzuführen? Hier kommen die Machtverhältnisse, bedingt durch den Ausgang der Reichstagswahl vom 14. September, zum Ausdruck. Da die Regierung die besitzende Klasse vertritt und wir in dieser Regierung keinen Einfluß haben, können wir von ihr wohl etwas fordern, aber nichts erwarten. Es muß unsere Aufgabe sein, Aufklärung zu schaffen, damit die politische Demokratie ausgebaut wird zur sozialen Demokratie, damit eine Regierung des Volkes für das Volk zur Macht kommt.
Friedr. Wengenroth, Schwerte/Ruhr.

Nach Artikel 163 der Reichsverfassung ist es Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche Arbeit und damit einen Lebenserwerb hat. Wenn das

heute bei der internationalen Verflechtung der einzelnen Wirtschaftskreise und der gespannten Lage auf den Kapitalmärkten nicht ohne weiteres möglich ist, so sollte doch die Regierung den Vorschlag des ADGB., zur Verminderung der Arbeitslosigkeit die Vierzigstundenwoche einzuführen, aufnehmen und ihn Gesetzeskraft verleihen.
Helmut Litwe, Maurer, Breslau.

Die Vierzigstundenwoche muß unter der Kontrolle von Staat und Gewerkschaften durchgeführt werden, damit nicht nur die Arbeitszeit herabgesetzt wird, sondern für die freiwirtschaftlichen Arbeitsstunden neue Arbeitskräfte eingestellt werden.
Erich Schmidt, Velber/Rhld.

Mit Einstellungszwang.

Die älteren Kollegen mögen die konjunkturfördernden Möglichkeiten einsehen und sich nicht fortgesetzt gegen die Einführung der Vierzigstundenwoche wenden. Bei der jungen Bauarbeiterschaft hat sich die Anschauung durchgesetzt, daß ein Mittel zur Arbeitslosenbekämpfung ist, ein Lohnausgleich nicht scheitern darf. Wenn die heutigen Kräfteverhältnisse es nicht gestatten, den vollen Lohnausgleich zu erteilen, so muß vorerst eben auf mittlerer Grundlage eine Verständigung in Kauf genommen werden. Die Vierundvierzigstundenwoche mit ungekürzten Löhnen und dem Einstellungszwang für die Unternehmer ist eine Maßnahme, die unter den heutigen Zeitumständen zu verantworten ist. Jede andere Arbeitszeitregelung mit größerem Lohnausfall muß auf den heftigsten Widerstand der Kollegen stoßen.
Hans Feige, Frankfurt/M.

Akkord bedeutet Vierzigstundenwoche.

Diese Auffassung scheint paradox. Aber sie ist es in Wirklichkeit nicht! Erste Aufgabe muß allerdings sein, alle übrigen Begleiterscheinungen, die mit der Akkordarbeit verbunden sind, zu beseitigen. Gegen Akkordarbeiten bedarf es strenger Maßnahmen. Vor allem gilt es, übermäßige Höchstleistungen, die der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen zum Lohndruck mißbraucht, zu vermeiden. Sollte der Akkordverdienst einen bestimmten Prozentsatz des Zeitlohnes über-

schreiten, so soll die Differenz den erwerbslosen Kollegen zugute kommen. Die Abrechnungen sind von einer Kontrollkommission zu prüfen. Bei schlechter Konjunktur mit großer Arbeitslosigkeit darf nicht mehr als der Zeitlohn verdient werden, was kürzere Arbeitszeit und folglich Mehrereinstellung von Arbeitskräften bringt. In der Praxis wäre dann die Vierzigstundenwoche mit Lohnausgleich erreicht.
Hellmut Giesen, Platten-setzer, Cuxhaven.

Jeder Gewerkschafter für weitere Verkürzung der Arbeitszeit!

Wenn es heute noch Gewerkschafter gibt, die gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit etwas einzuwenden haben, so muß man ihnen traurigen Mut bewundern. Die Vierzigstundenwoche ermöglicht eine gerechtere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten. Sie ist ein Akt höchster Solidarität. Vom Standpunkt der Gesamtarbeiterschaft bedeutet die Vierzigstundenwoche kein Opfer. Die Einführung der Vierzigstundenwoche darf unter keinen Umständen verschoben werden. Das wäre ein großer Fehler. Durch Gesetz muß bestimmt werden, daß, sobald die Arbeitslosigkeit eine gewisse Ziffer erreicht hat, die Arbeitszeit automatisch weiter verkürzt werden muß.
Wilhelm Vogelot, Norderny.

Aus sozialen Gründen, im Interesse der Arbeitslosen, sollte die Einführung der Vierzigstundenwoche, durch die der Arbeitsmarkt merklich entlastet werden könnte, von jedem Arbeiter gefordert werden. Diese Forderung ist notwendig, wenn nicht auf die Dauer ein Millionenheer von Arbeitslosen auf der Straße liegen soll. Selbstverständlich muß alles versucht werden, um einen Lohnausgleich zu schaffen. Ist dieser auch nicht mit einem Schläge durchzuführen, so lehrt uns doch die Gewerkschaftsgeschichte, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Löhne mit sich gebracht hat.
Kurt Schäfer jr., Chemnitz.

Die Gegner der Vierzigstundenwoche in unseren Reihen müssen sich sagen, wenn gewisse Kollegen nicht in Arbeit gebracht werden, daß ein Teil von ihnen unter Tarif arbeiten und die in Arbeit Stehenden schließlich den Tariflohn nicht mehr halten können.
H. Prox, Maurer, Wilsier.

Durch mehr Freizeit werden neue Bedürfnisse entstehen, die dann wieder neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen.
Walter Kaiser, Michlitz Post Corbeith.

So sehr die Vierzigstundenwoche zu begrüßen ist, sie hat Schattenseiten, die nicht zu übersehen sind. Der Großteil unserer Kollegen würde bei gleichbleibenden Lohnverhältnissen unter das menschliche Existenzminimum gedrückt werden. Also Lohnausgleich sofort!
Erich Eckert, Verdau/Sa.

Sehen wir uns die Millionen Arbeitslosen an, deren Gehirne trübe Gedanken beherrschen. Lange Arbeitslosigkeit nimmt ihnen die Lebensfreude, sie beginnen ihre noch in Arbeit stehenden Kollegen zu hassen. Klassenhaß in der eigenen Klasse entsteht durch die unplanmäßige und nicht nach Bedarf arbeitende Wirtschaft des Kapitalismus. Wie hilft man hier den Unstimmigkeiten ab? Man beseitigt dieses System, werden viele sagen. Aber dazu braucht man die Macht. Diese haben aber die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei, SPD., noch nicht. Der Lohnausgleich ist eine Machtfrage. Deshalb ist es erste Pflicht, die Gewerkschaften zu stärken.
Philipp Euler, Hüttengesäß Kr. Hanau.

Weniger als vierzig Stunden wöchentlich!

Die logische Konsequenz der strukturellen Wandlung des Produktionsapparates ist eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung. Das Angebot menschlicher Arbeitskraft eilt bei weitem dem Steigen der Bevölkerungszahl voraus; zu gleicher Zeit steigen katastrophal die mechanischen, menschenparenden Arbeitskräfte, die Produktionsleistung erstreckt den Konsumbedarf, die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Wenn nicht dazu übergegangen wird, diesem Zustand durch Arbeitszeitverkürzung abzuwehren, werden wir mit einer Dauerarbeitslosigkeit zu rechnen haben. Die organisierte Arbeiterschaft muß sich solidarisch mit dem am Hungertuch nagenden vier Millionen Arbeitern fühlen und sie durch Verkürzung der Arbeitszeit wieder in den Produktionsprozeß einreihen. Die immer weitere Technisierung drückt den Wert der menschlichen Arbeitskraft herab, die Forderung der Vierzigstundenwoche kann schon heute als überholt gelten.
Willy Blinneck, Quedlinburg.

ist die Vierzigstundenwoche eine Notwendigkeit. Als weiteres Ziel muß die Fünfunddreißigstundenwoche gefordert werden.
Curt Oelsen, Dresden.

Soziale Betriebe müssen vorangehen!

Wer heute noch in Arbeit steht, muß seinen erwerbslosen Kollegen Solidarität erweisen. Da dies an der Engstirnigkeit der Unternehmer zu scheitern scheint, ist es notwendig, da die einzelnen Baugewerkschaften die Initiative ergreifen und wenigstens die sozialen Betriebe verpflichten, die Arbeitszeit zu verkürzen. Ich kann nicht verstehen, wenn eine Bauhütte noch keine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen hat. Uns Stukkateuren in Hamburg ist es gelungen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden vertraglich festzulegen.
Paul Sommerzell, Hamburg.

Nicht zur Vierzigstundenwoche, nein, zur Zweiuunddreißigstundenwoche müssen wir kommen. Aus Solidaritätsgefühl im Winter 1930/31 hatten wir einen Schienenbau in Döbeln; dazu waren 15 Arbeiter nötig. Alle erklärten sich bereit, nur vier Tage, insgesamt 32 Stunden, zu arbeiten. Bei der Bauhütte Dresden, die in Döbeln einige Bauten hat, arbeiten wir 42 Stunden; dadurch konnten wir sechs Kollegen mehr beschäftigen.
Otto Schwalbe, Bauarbeiter, Döbeln.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 10. August 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Mittelgliederzahl	Mittelgliederzahl am Feststellungstage	Arbeitslos																				vom Hundert der Mitglieder											
			Männer	Verenigter- und Schlichtermeister u. Helfer	Polier- und Schichtmeister	Sonstige Arbeiter	Sonstige Arbeiter, Bauleiter, Bauführer	Sonstige Arbeiter u. Helfer	Sonstige Arbeiter u. Helfer	Polier	Obermeister	Stellenleiter	Sonstige Arbeiter	Stellenleiter	Polier	Stellenleiter	Sonstige Arbeiter	Sonstige Arbeiter	Sonstige Arbeiter	Sonstige Arbeiter	insgesamt	10. %	3. %											
Rheinland	7	15921	3350	3	104	40	65	52	50	17	—	219	—	—	20	15	8	—	62	4	—	2958	17	961	27	—	38	3	121	—	8148	51,2	42,9	
Danzig	1	3731	691	3	5	4	48	16	—	—	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	705	11	415	—	—	—	29	—	1976	53,0	53,0		
Stettin	61	15679	4184	15	22	20	34	115	84	15	15	177	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2151	—	834	—	—	—	110	8	7849	50,1	48,4		
Breslau	41	38818	10564	41	204	200	50	120	70	52	187	451	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7836	38	1312	—	—	—	517	38	2719	57,1	56,7		
Berlin	60	53122	13877	61	142	376	318	333	1160	403	146	905	5	25	136	257	190	59	17	342	—	—	—	—	—	—	2	50	303	14	30368	57,2	56,1	
Magdeburg	42	28104	10227	15	49	26	17	222	56	88	38	177	51	—	20	18	69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	294	—	14873	52,9	52,3		
Erfurt	34	19225	8355	53	84	64	15	108	125	176	11	99	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	584	2	13321	69,3	67,7	
Frankfurt	17	31883	10450	66	108	205	180	354	611	51	3	19	1	2	180	54	11	16	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Köln	12	16896	3931	43	112	261	325	433	1222	24	—	29	3	41	—	187	59	26	315	92	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Dortmund	14	18221	5533	114	136	160	265	452	604	2	—	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover	39	28330	9279	27	94	63	50	373	106	54	10	47	5	70	1	242	60	12	64	45	2	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bremen	31	14563	3998	16	57	55	229	179	47	12	2	4	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg	45	31477	7495	37	80	216	376	140	241	192	10	238	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Flöha	60	8474	2135	4	23	—	—	69	5	6	11	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Dresden	31	63012	18726	60	292	361	114	553	235	490	386	691	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nürnberg	29	16936	3633	67	18	26	38	61	560	21	175	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
München	27	12316	2976	6	39	33	21	70	114	40	2	112	4	9	7	60	27	11	3	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Stuttgart	14	9107	1441	16	10	38	30	15	861	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Karlsruhe	10	14752	4290	50	109	130	84	33	777	8	27	4	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	575	441100	125144	604	1686	2279	2221	3730	6964	1661	1025	3318	201	260	546	1576	1095	251	827	751	67	79	13579	1967	15375	248	26	84	123	4686	76	2595	48	58,4
Berliner Woche	575	442263	123018	642	1586	2352	2198	3662	6982	1692	998	3248	207	233	510	1579	1076	237	760	745	69	73	81852	976	15124	290	42	76	134	4428	81	254879	—	57,63



Unterhaltung und Wissen



Heinrich.

Ein Maurerstück.

Wenn die Maurer ins Haus kommen, dann wird es ungemächlich, dann möchte ich das lieblich ausdrücken. Aber schließlich — die Maurer bringen Ordnung und Sauberkeit, deine Wohnung wird wieder frisch, hinterher kommen noch die Weißbinder — und dann wird alles bunt. Wie ein Blüthenkranz wird deine Wohnung sein — mit deinen Kanarienvögeln wirst du um die Wette singen — jawohl, so fröstelt du dich. Vorläufig aber kratzt es und schrumpft es und klopft es am Hausfuß, der Maurer ist da, er klopft mit dem Hammer den alten lauten Mörtel ab — immer näher kommt dir der Maurer morgen wird er hier logat in deinem Zimmer krähen und klopfen — wo, wo, wo: wo fische ich hin?

Nach einigen Tagen — ein Glück, daß ich nicht geflohen bin — warum Glück? Weil ich dann den Heinrich nicht kennen gelernt hätte. Heinrich Blau, den Maurer aus Münchhausen, dem großen Handwerkerdorf droben im Gebirgswald. Freunde sind wir geworden — jawohl: Freunde, der Heinrich und ich. Er blau — in seinem Werk-anzug. Ich grün — in meinem Bergläuferkleid. Er, der Arbeiter der Hand. Ich der alte Hobler vom Schreißlich. Und beide sind wir nun beste Freunde — Freund sein ist ein großes Glück. Wir haben uns miteinander eingefunden, der Heinrich und ich, im Gefühle sind wir verwachsen. Kameraden in Hoffnung und Ziel! Ich erzähle den Werdegang der Freundschaft.

Mensch, Maurer, was klopftst, in meinem Schreibzimmer — Jubo, das Alte muß runter. Die Wohnungen müssen sich häuten, alle paar Jahr 'n mal — dafür sind wir Maurer da! Wir geben den Wohnungen frische Kleider — aus Mörtel und Farbe. — Ja, aber mein Kopp! Das Wehlopf! — Vielleicht klopft das Herz? — Möglich.

Und so sind wir ins Gespräch gekommen. Ich habe dem Heinrich von meiner Arbeit erzählt, was ich schreibe, was ich will — von Erfolg und Mißerfolg habe ich ihm gesagt — und Heinrich hat mir erzählt von seinem Leben. Mühsaß haben wir die Kartoffeln und Heringe gekostet: da, Heinrich, lang zu: Nachtgell!

Heinrich ist Witwer. Seine Frau starb vor einigen Jahren, am Magenkrebs. Aber die Maria — Heinrichs Tochter — die besorgt seinen Haushalt wie ein treues Mütterchen — Maria, sechzehn Jahre. Und im Hause Heinrichs gibt es allerhand zu tun — nicht nur im Hause, nein: auch im Stall und am Feld. Heinrich hat eine Kuh und zwei Säue, 'n Duzend Hühner und drei Gänse, vier Stalhäfen und 'n Schwarm Tauben. Wenn Heinrich von diesen Hauskieren erzählt, dann leuchten seine staubgrauen Augen wie zwei Messerlingen: blühenhaft vor Freude. Und Heinrich erzählt von seinem kleinen Acker und von seiner kleinen Wiese, von Flug und Egge und Dreschmaschine erzählt Heinrich, daß, nein, viel Land hat er nicht, der Heinrich es sind wohl nur vier oder fünf Morgen, von den Wätern und Urwätern Olsed auf Olsed ererbt, der Besitz der Dorfbesitzer wird durch Erbteilung immer kleiner — immer weniger — die einstigen Bauern wurden Handwerker, sie gehen in die Stadt arbeiten, um zu leben. Auch Heinrichs Sohn lernt Maurer, er ist ein Jahr älter als Maria — Offern hat er ausgeleert!

Und Heinrich hat mit dem Klopfen in meiner Wohnung aufgehört — er streicht nun frischdestendenden Mörtel auf die Wände — Grobmörtel nennt er das — und diese Arbeit tut der Heinrich mit einer Sorgfalt und Liebe, daß ich vor seiner Verschwendung mit Flug und Egge und Dreschmaschine erzähl Heinrich, daß, nein, viel Land hat er nicht, der Heinrich es sind wohl nur vier oder fünf Morgen, von den Wätern und Urwätern Olsed auf Olsed ererbt, der Besitz der Dorfbesitzer wird durch Erbteilung immer kleiner — immer weniger — die einstigen Bauern wurden Handwerker, sie gehen in die Stadt arbeiten, um zu leben. Auch Heinrichs Sohn lernt Maurer, er ist ein Jahr älter als Maria — Offern hat er ausgeleert!

Nun ist der Heinrich auch mit dem Gelpuß fertig, glatt und schön sind die Wände meiner Wohnung geworden — und morgen kommt die Farbe, die Weißbinder, die bunten Lincher.

Heinrich erzählte. Ja, von der Stadt her haben wir Arbeiter die neuen Ideen ins Dorf gebracht — die Ideen von Sozialismus und Gemeinwirtschaft, von Völkerverbundenheit und Friede und Freundschaft. Alle Bauarbeiter von Münchhausen sind organisiert, schon von den Vätern her. Der Bauarbeiterverband machte den Geist unseres Dorfes frei und reif und mühevoll. Bei uns im Dorf lebt der Volksstaat in den Herzen. Vom Verband her kamen wir zur Partei. Von der Partei zu den Arbeiterkämpfern, zum Reichsbanner und zum freien Sport. Das Mürcerdorf — eine der festesten Stützen der Deutschen Republik. In welchem Kreise uns Dorf her rauchten die Wälder: Eichen, Buchen, Fichten. Noch in den Lüften kräht

Sabicht und Sperber — Ihr lauter Schrei ist der Freiheitsschrei des Waldes! Heinrich, ich komme dich besuchen. — Du sollst willkommen sein, Maria — a, meine Tochter, backt Apfelkuchen, bringe deine Frau mit und deine Kinder. — Danke, Heinrich, wir kommen als Gäste ins freie Dorf der Maurer. Freundschaft! Schönheit! Arbeit!

Gemeinden müssen sparen ...

In die Gemeindefinanzen reißt die „Wohlfahrt“ ein Loch, Drum heißt es jetzt: Sparen noch und noch. Ein Lohnabbau bei den Gemeindeproleten ist als erstes vorzuziehen. Für Sparreden ist nur der richtige Mann, Der es mit dem Lohnabbau fängt an. Und die Proleten werden's so langsam gewohnt, Daß man sie schlechter und schlechter entlohnt. Ja, und der Bauetat war schon immer zu groß (Die so reden, waren allerdings nie wohnungslos), Folglich baut man auch hier ab ganz radikal, Bei dem heutigen Dalles gibt's keine andre Wahl. Berlin, Köln, Hamburg stellten das Bauen schon ein Und bald wird es überall so sein! Denn gibt es in Deutschland überhaupt noch 'ne Stadt, Die kein Defizit hat?

Allerdings gibt es Leute, die mit Vorbedacht Die Gemeinden in diesen Schlamassel gebracht; Nun spricht man vom Veräußern der kommunalen Betriebe — Danach schloß die Schwerindustrie in sorglicher Liebe.

Für alles, was sie schlaben und packen an, Soll bluten der simple Arbeitmann. Ist alles im Dalles, dann hat ohne Fragen Das Proletenvolk alle Lasten zu tragen. Dann baut man den Lohn ab. Dann gibt es den Entlassungsscheine. Wenn gespart werden soll, kann es dann anders sein?

Anders kann's sein, wenn wir klar sehen, Wenn wir geschlossen zusammenstehen. Mit Sparprogrammen nimmt man dies das Brot. An unsern Tragen grinst die böse Not. Wir müssen fordern, wir müssen fragen, Wir müssen uns unerbittlich schlagen! Wir siegen nur, wenn wir unsre Einholz schwarzweihen, Dann kann unsre Kraft kein Teufel zerschneiden.

Vor dreißig Jahren.

Man schimpft heute viel auf die Gewerkschaften und ihre „Bonzen“. Ganz gewiß könnte heututage vieles besser sein, aber die jüngere Generation sollte prüfen, was die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten zum Kulturaufstieg der Arbeiterchaft beigetragen hat. Erst wenn sie erkennen, wie es damals war, dann werden sie begreifen lernen, welche großen Hindernisse die Gewerkschaften zu überwinden hatten, um den langsamsten Schritten der Arbeiterklasse zu ermöglichen. Bemerkenswert ist auch, daß die Arbeiterchaft an den unerbittlichsten Zuständen, wie sie heute sind, abfolgt nicht ungeschuldig ist. Wir beobachten sehr oft, daß gerade die größten Schimpfpolde die schlechtesten Versammlungsbesucher sind. Sie rätionieren über alles und jedes, wie es aber besser zu machen wäre, darüber können sie keine Auskunft geben.

Ich will aber an dieser Stelle mit keinem rechten. Ich möchte den jüngeren Kollegen nur einen kleinen Einblick in die Verhältnisse gewähren, wie sie vor 25 bis 30 Jahren zur Regel gehörten. Vielleicht verstehen sie dann besser, welche Kämpfe notwendig waren, um durch den Gewerkschaftskampf das durchzusehen, was heute an Rechten und besserer Lebensstellung für die Arbeiterchaft erzwungen worden ist. Glaube keiner, daß damals nur Lohnkämpfe zu führen waren. Ich bin Hilfsarbeiter, und die Hilfsarbeiter hatten immer schwerer zu kämpfen gegen das Unternehmerium als

die Maurer. Eine lebhafteste Konkurrenz wurde ihnen entgegengestellt durch polnische Arbeiter, die durch die Großgrundbesitzer nach Deutschland heringebracht aber nicht wieder hinausgebracht wurden. Jedes Jahr kamen neue Sendungen von Polen und suchten die Bauten als Hilfsarbeiter zu besetzen. Und da ging auf den Baustellen allerhand vor sich.

Eines der schlimmsten Uebel war damals, daß die Baupolier vielfach den Bierverkauf unter sich hatten. Das war zweifellos ein großer Mißstand. Kam man damals als neuer Mann auf einen Bau, so hieß es in der ersten Woche, kräftig zu schufteln und das Maul zu halten, damit man nicht schon in den ersten Tagen beim Polier in Ungnade fiel. Den Lohn setzte damals nämlich der Polier selber, und zwar nach seinem Gutdünken fest. Dies geschah auch noch als wir schon Tarifverträge hatten, weniger bei den Maurern, aber bei den Hilfsarbeitern. Diese waren oft kaum zur Hälfte organisiert, und nur der Organisierteste gehörte wieder ein großer Teil dem Fabrikarbeiterverband an. Es fehlte an allen Ecken und Ranten an Einheit und Einigkeit. In der Hauptsache führten damals die Lohnkämpfe am Bau der Bauarbeiterverband und der Metallarbeiterverband. Man konnte auf die von mir geschilderte Weise bei der Lohnzahlung am Sonnabend allerhand Enttäuschungen erleben. Da kam es vor, daß man nicht wie die meisten Kollegen 34 oder 35 $\%$, sondern nur 32 $\%$ Stundenlohn bekam. Und dann wurde einem ohne weiteres klar, wo diese Mindererschätzung in der Lohnzahlung lag. Bemerkenswert ist auch, daß es damals keine Lohnlisten gab. Jeder mußte auf einer Liste über den empfangenen Lohn quittieren. Da hieß es dann beispielsweise: Lohn 17,35 $\%$, es für Bier 5,30 $\%$. Das lagte dann der Herr Polier in aller Gelehrsamkeit als „Lehre“ für die anderen. Wer viel Bier verkonsumierte, der hatte auch einen höheren Lohn. Wenn der Lohnnehmer auf dem Bierverlag war der Polier. In jeder solchen Einrichtung hatten nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer. Die Abschätzung des Lohnes durch den Polier geschah nicht nach der Arbeitsleistung, sondern nach dem Quantum an Bierkonsum jedes einzelnen. Oftmals liefen auch von früh bis Feierabend zwei Lehrlinge auf dem Bau mit Bier herum oder sie hatten Flaschen zusammenzulesen. Bei dieser „Beschäftigung“ der Lehrlinge wurde natürlich öfters auch von diesen etwas untergemacht. Die Lehrlinge machten einfach auf der Liste einen Strich mehr, und dann konnten sie für dieses „Kunststück“ ihren Durst gratis löschen; denn der Strich bedeutete für den, für den er gemacht wurde, eine Flasche Bier. Als dann solche Lehrlinge „ausgerollt“ hatten, waren sie mehr Händler als Maurer. Erst vor 25 Jahren ist beispielsweise in Leipzig mit diesem System aufgeräumt worden. Selbstverständlich kann man nicht alle Poliere aus der damaligen Zeit in einen Topf werfen. Aber zeigen wollte ich unseren jungen Kollegen, wie es früher auf den Bauten aussah. Und wenn man dagegenhält, was sich gegenüber der damaligen Zeit verändert hat, so ist es sehr viel. Und dies haben wir den Gewerkschaften zu verdanken.

Mensch und Raum. Das geistige Verhältnis, das der Mensch zum Raume hat, wurde in diesen Jahren völlig gewandelt. Wir finden nicht nur diese so ganz neue und den meisten kaum schon verständliche Auffassung von der Beziehung zwischen Raum und Zeit, wie sie Einstein für das Weltall erwiesen hat, auch in Beziehung zur nächsten Umwelt haben wir heute ein anderes Raumgefühl. Deutlich tritt das in der Baukunst unserer Zeit auf. So war die Fassade des Hauses früher von gerundlicher Bedeutung; heute gilt als das Erste und Wesentliche der Raum und seine praktische Benutzung, seine Hygiene und seine Schönheit. Und so mußte das äußere Antlitz des Hauses, seine Fassade, wie es die Raumgestaltung verlangt, wie es aus dem Raumgefühl des Menschen heraus werden muß.

Wenn wir unser eigenes Verhältnis zum Raume betrachten, dann finden wir auch da diese ganz neue, andere Auffassung von der Lebensnotwendigkeit des Raums. Wenn die sogenannte gute Stube als überlebt gilt, so bedeutet das die Reife der Raumgedanken. Und auch die Überwindung des Kliffes, der Nippelchen, Granatrefe als Kriegsendenken und was es sonst gab und gibt, es stört den modernen Menschen in seinem Raumgefühl. Und wenn wir zur Erkenntnis einer neuen Ordnung der Möbel kommen, so 3. fühlen, daß das letzte Fenster zum Wohnplatz auszunutzen ist, wie es auch die Wohnkunst heute bestrachtet, so sehen wir auch da das gleiche Erwachen eines neuen Gefühls zum Raume, das den Raum in seiner Weise, Freiheit und Ehrlichkeit erleben will.

Wenn wir dann den Wanderdrang der Massen betrachten, die Zunahme des Sonntagsausflugsverkehrs, die Versuche, durch organisierten Zusammenhalt der wirtschaftlich Schwachen auch dem einfachen Menschen ein Recht auf Reisen zu geben und damit auf Welt und Weis, so ist das nur der gleiche Ausdruck dieses neuen Raumverlangens. Mit dem Erleben des Raumes erleben die Massen ihr Recht. Der Mensch will atmen. Der Mensch fühlt Heimat in der weiten Welt.

In der tiefsten Tiefe hängt das Raumgefühl des neuen Menschen zusammen mit seinem neuen Rechtsgefühl. Es ist gewachsen über die Enge des alten Menschen. Er will und glaubt. Er erkennt und verlangt. Nur in der Freiheit ihres Lebensraumes können Menschen sich erleben. Im weiten, freien Lebensraume ist der Mensch erst Mensch. Die Kunst unserer Zeit ist der Widerstreit der Idee der Menschlichkeit. Der Drang nach Raum des modernen Menschen ist in jeder Beziehung nur der natürliche Ausdruck des $\text{I o s a l e n G e d a n k e n s}$, der unsere ganze Zeit bewegt und erschließt.



Gerienheim im Thüringer Wald der Genossenschaft der Naturfreunde Big Bena, Marienstraße 4.

Friedrichsfeld, (Jubilärfest.) Am 22. August ehrten wir als Jubilare 9 Kollegen, die zugleich einst die Gründer der Zifferfabrik in der Deutschen Feinzeugwaren-Fabrik Friedrichsfeld waren. Jedem Jubilar wurde die vom Vorstand gestiftete Ehrenurkunde mit Silberband, außerdem ein schöner Blumenstrauß, von den Kollegen gestiftet, überreicht. Kollege **Wangold** von der Baugewerkschaft Mannheim hielt die Festansprache; er erinnerte an die schlimme Zeit unter Direktor Hofmann, der außer den Gelben, an die er sehr viel Geld hängte, im Betrieb keine Gewerkschaft dulden wollte. Er wies auch auf die noch viel schlimmere Zeit unter dem derzeitigen Bauabteilungsleiter Prof. Bonte, der seine Hauptaufgabe nur darin sieht, die Arbeiterkraft zu schikanieren und sie nach langer Tätigkeit ohne Abfindung aus dem Betrieb herauszubringen, damit für ihn und die Herren Aktionäre die Dividenden nicht gekürzt zu werden brauchen. Ein Ansporn für die Jungen müsse es sein, den Alten nachzusehen; aber auch die Anorganisierten müssten endlich einsehen, daß die schwere Zeit kämpfer erfordert, ihr Platz muß im Deutschen Baugewerkschaftsbund sein. Der Besuch der Verammlung war zugegenfessend. Die Feler war durch die Ortsgruppenleitung gut vorbereitet; alles klappte. So verlief alles harmonisch und in bester Freundschaft. Alle hielten bis zum Schluß aus; wobei sich die Feler für den Bund und nicht zuletzt für die gelamte Arbeiterkraft günstig auswirkten!

Hannover. Der Vertrag im Fließengewerbe war am 30. März 1931 abgelaufen. Zu Verhandlungen zu kommen war nicht möglich, weil die im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe organisierten Unternehmer erst abwarten wollten, bis die Tarif- und Lohnfrage für das ganze Baugewerbe geregelt sei. Wir hatten keine Ursache, auf Verhandlungen zu drängen, weil der bisherige Fließungsvertrag die Klausel enthielt, daß die Stundenlöhne sowie die Akkordlöhne prozentual mit dem in Hannover geschlossenen Maurerlohn steigen oder fallen. Wir waren überzeugt davon, daß, wenn es zu Verhandlungen kommen würde, uns die Fließengeschäfte auch noch wesentliche Verschlechterungen anbieten würden. In dieser Auffassung hatten wir uns auch nicht getäuscht. Als zum ersten Male verhandelt wurde, verlangten die Fließengeschäfte noch für verschiedene Akkordpositionen einen Abbau bis zu 50 und 60%. Außerdem sollte die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten gänzlich aufgehoben werden. Die Dinge hatten sich soweit zugespitzt, daß mit einem Streik gerechnet werden mußte. Im letzten Augenblick ist es aber doch noch gelungen, wieder einen Vertrag abzuschließen. Zwar konnten nicht alle Verschlechterungen abgewehrt werden, aber im allgemeinen ist es doch gelungen, wieder einen annehmbaren Vertrag zustande zu bringen.

Allgemeine Rundschau

Zusammenbruch des Dewahim-Konzerns. Die Deutsch-evangelische Heimstätten-Gesellschaft (Dewahim) ist zusammengebrochen. Der Zusammenbruch ist nicht nur typisch dafür, wie man in unserer viel umlosten, kapitalistischen Wirtschaft mit Geldern kleiner Leute gelobt, sondern auch dafür, wie zum Bau bestimmte Gelder „sehlgeliebt“ werden. Die 1926 gegründete Dewahim war die fünfgrößte Bauparkasse Deutschlands. Der Schaden, der den Sparern durch den durch leistungswidrige Geschäftsführung und Unregelmäßigkeiten verursachten Zusammenbruch entsteht, beläuft sich auf mehrere Millionen Mark und trifft und 10 000 kleine Sparere. Die Unregelmäßigkeiten betreffen sich auf Bilanzfälschungen, Kontenverrechnungen, Akkordveränderungen und Verschleissungen. Wegen dieser Vergehen hat die Staatsanwaltschaft bereits gegen die verantwortlichen Leiter eine Unterdrückung eingeleitet. Der hinter der Dewahim stehende Zentralauschluß für Innere Mission ist in den Bauparkandal hineingezogen worden. Zur Prüfung der zahlreichen Strafanzeigen, die sich nicht mehr nur gegen die Geschäftsführung des Pastorenkonzerns richten, hat die Staatsanwaltschaft bereits ein Sonderbureau eingerichtet. — Durch den Zusammenbruch ist einer der größten Korruptionsskandale der Nachkriegszeit entlockt worden. Der Vorstand des Zentralauschlusses für innere Mission haben monatelang zu den Korruptionsskandalen geschwiegen. Gelder der Sparere der Dewahim wurden für andere Zwecke verwendet, den Verbänden und Wohlfahrtsankalten der inneren Mission wurden auf Kosten der kleinen Sparere feste Zusagen für die Vergabe billiger Baubereiche in Höhe von jeweils mehreren hunderttausend Mark, ja bis zu Beträgen über eine Million gemacht; der Generaldirektor des Konzerns sowie der Schatzmeister des Zentralauschlusses für innere Mission, der zugleich bis vor kurzem Aufsichtsratsvorsitzender bei den jetzt bankrotten Gesellschaften war, der streng nationale Priester Cremer aus Potsdam, benutzte seine Stellung dazu, sich selbst und seinen Verwandten persönliche Vorteile manigfaltiger Art zu verschaffen. Auch andere Leiter der Dewahim-Gesellschaft erbauden sich auf den Mitteln der kleinen Sparere luxuriöse Willen. Unter ihnen befindet sich auch der völkische Rechtsanwaltschaft und selbstredende Aufsichtsratsvorsitzende der Dewahim, Dr. Brandes, der als Verteidiger der völkischen Wombolenzler Schleswig-Holsteins in dem Jheborer Prozeß eine große Rolle gespielt hat. Wegen alle diese Personen und auch gegen einige Hintermänner des Pastorenkonzerns sind bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeigen eingegangen. Von den 16 000 Sparern der Dewahim sind 16,5 Millionen Mark Spargelder eingezahlt, davon aber nur 10,67 Millionen als Baugelder ausgezahlt worden. Die fehlenden 6 Millionen sind der Baugewerkschaft als Kredit zugesprochen. Auch 3 Millionen wurden für andere Zwecke verwendet worden. Was von diesen Geldern zurückfließen wird, ist sehr zweifelhaft. — Gegen den Geschäftsführer der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. in Braunschweig ist Strafanzeige gestellt worden, da er 48 000 M unterschlagen hat. Unter seiner Leitung hat die mit einem Kapital von 270 000 M. ausgestattete Gesellschaft Verluste in Höhe von 1 000 000 M. erlitten. Obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen längt der Konkurs hätte angemeldet werden müssen, haben die nationalen Hintermänner versucht, die Gesellschaft zu halten. Die Hauptgeschäftsführer sind sämtlich führende deutschnationale Politiker. Die Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. wurde auf das stärkste von dem deutschnationalen Finanzminister Kästner unterstellt, der mehr Hausausbeutevermittlung bewilligte als sämtlichen gemeinnützigen Bauvereinigungen und Baugewerkschaften Braunschweigs. — Wir haben von diesen Skandalen Kennt-

nis genommen, weil unmissbar auch die Bauarbeiter unter den Folgen leiden. Aber auch ohne diese Grund muß unser Hinweis von Nutzen sein. Die sogenannte Kreispresse, wie überhaupt die „nationale“ Presse, versucht diese Dinge nach Möglichkeit abzudrücken, wenn nicht gar zu vertuschen. Im Gegensatz dazu wird jeder, auch der kleinste Konkurs, der sich etwa in Genossenschaften oder Unternehmungen, die der modernen Arbeiterbewegung nahe liegen, ereignet, ungeheuerlich aufgebauscht. Bei der Dewahim handelt es sich um einen Skandal, wie er bisher einzig darsieht, an dem eine ganze Reihe „nationaler“ Männer, darunter evangelische Pastoren, beteiligt sind, deren Verehrung für Hakenkreuz und Stahlhelm auch in diesem Fall nicht fehlen dürfte. Es ist fast ebenso sehr ein Skandal der Inneren Mission, der sich nicht nur auf die baugewerkschaftliche Seite der Angelegenheit beschränkt, sondern darüber hinaus die Grundlagen der freien Wohlfahrtspflege erschüttert. Und das ausgerechnet bei Zeiten, die das Wort Wohlfahrt nur salbungsvoll ausprechen!

Alles draunter und drüber! Paul Kaiser ausgeschlossen! Die Generalversammlung des sogenannten Industrieverbandes für das Baugewerbe in Berlin beschloß mit allergrößter Mehrheit den Ausschluss Paul Kaisers, des ersten Vorsitzenden dieser „Organisationskommission“ wegen verbandswidrigen Verhaltens, das darin erblickt wird, daß auf Verreiben Kaisers der Industrieverband an die „Kampfgemeinschaft“ gegen den Faschismus“ angeschlossen wurde. Gegen den Faschismus zu kämpfen, gestatten die Parteikommissionen nicht, zumal wenn die Kampfgemeinschaft eine — wie das Organ der russischen Volkspartei, die „Rote Fahne“, sich auszudrücken beliebt, eine „able Sektengründung der brandenburgischen Renegaten“ ist. Deshalb wurden die „Einrenten“ mobilisiert. Das verbandswidrige Verhalten wird ferner darin erblickt, daß auf Veranlassung von Paul Kaiser im „Roten Prolet“ ein Aufruf gegen die — wie die „Rote Fahne“ „roten Volkskämpfer“ abgedruckt wurde. Die Generalversammlung beschloß ferner einstimmig, aus dieser Kampfgemeinschaft auszutreten. — In der Verammlung ist es also doch hergegangen. Paul war selber nicht da. So konnte er sich

Ohne Beitragsleistung kein Fortschritt!
Für die Woche vom 30. August bis 5. September
ist der 36. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

nicht persönlich und auch nicht seinen „brandenburgischen Kurs“ verteidigen. Zwar soll den übrigen Vorstandsmitgliedern nichts anderes übrig geblieben sein, als „als einzige Rettung zur Sicherung ihrer Person alle Schuld auf Kaiser abzumägen und ihn für die verderbliche Politik verantwortlich zu machen.“ Aber aus dem Bericht der „Rosen Fahne“ — die allerdings alles andere nur kein Wahrheitsapostel ist — geht immerhin hervor, daß sich bei den „Industrieverbändlern“ kein Mensch mehr auskennt. Der Angestellte Ohmeyer machte Kaiser für alles verantwortlich, aber es nähte ihm nicht als, auch er konnte die erregten Wogen nicht glätten. Erst als das „erste einjährige Mitglied“ sprach, kam der rechte Geist zum Durchbruch. Er verdrängte sich zu einem Antrag „auf Vorschlag des Reichsausschlusses der RWO, die proletarische Einheit herzustellen, dem zugestimmt wurde. Aber selbst die „Rote Fahne“ muß beachten, daß der Antrag, sich der RWO anzuschließen, „gegen eine starke Minderheit abgelehnt wurde“. Der See rast weiter! Er will keine Opfer haben! Der Angestellte Ulrich wird mit Lügner tituliert, ein Diskussionsredner erklärt, daß „für ihn und alle anderen Kollegen die Sonne im Osten aufgehe und sie der RPD ihre Stimme geben.“ Darauf stellte sich wieder einer hinter den Aufruf des Einheitskomitees der RWO, worauf sich der Angestellte Sempel „durch blöde Kommunistentenbegeisterung rechtfertigen suchte, was aber bei dem gebunden proletarischen Klasseninstinkt der Industriearbeiter auf offener Ablehnung stieß.“ Der Redakteur bezog sich auf den Angestellten Paul Kaiser, was für miches Widerspruch hervorrief. Seine Schlussfolgerungen gingen in Tumult unter. — In diesem Draunter und Draüber wurde dann der Ausschluß Kaisers beschlossen, so daß Paulchen heute zwar Zentralvorsitzender des Industrieverbandes aber als solcher nicht mehr Mitglied seines eigenen Berliner Lokalvereins ist. Paul Kaiser liegt nicht mehr zwischen zwei Stühlen, sondern mit beiden Beinen auf dem Erdboden. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben.

Unerwartet Einstellung von Wohnungsbauteilen. Ununterbrochen gehen uns aus allen Landesstellen Meldungen über Einstellungen von Wohnungsbauteilen zu. Wäre (soeben eine Berliner Zeitung von einer kleinen Belegung des Berliner Baumarktes zu berichten, wonach aus einem Vier-Millionen-Fonds für Flachbau in den Berliner Randgebieten noch einige hundert Wohnungen errichtet werden sollten, so kommt schon am anderen Tage die Stillschließung, die auch diese Aussicht ganz oder doch zum wesentlichen Teil vernichtet. — Aus dem Sachverständigen- und Wohlfahrtsministerium kommt die Mitteilung, daß die Unterfertigung des Wohnungsbaues mit öffentlichen Mitteln auf das Dringendste notwendig beschränkt werden muß. Ueber die Einschränkungsmaßnahmen von Zuflut hinaus wird angeordnet, alle noch nicht begonnenen Bauvorhaben, die mit Mietzinsermitteln unterfertigt werden sollten, nicht in Angriff zu nehmen. Wo mit der Ausführung der Bauvorhaben bereits begonnen worden ist, sollen diese nur soweit fortgeführt werden, daß sie überwinterbar werden können, es sei denn, daß über die bereits ausgeführten Mietzinsermitteln hinaus andere Mittel zur Fertigstellung zur Verfügung stehen. Die Bauten sind demnach entweder bis zur Kellerebene oder, wenn sie schon weiter gediehen sind, bis zur Wacheindeckung zu fördern. Erst wenn der Innenausbau soweit gefördert ist, daß in Kürze die Wohnungen bezugsfertig werden, können die Bauten fertiggestellt werden. — Bei dieser „Mietzinspolitik“ ist Sorge dafür getragen, daß die Bürokratie nicht abstrift. Dementsprechend ist ein Fragebogen angehängt, worauf die Verteilungswesen zu berichten haben, wieviel von den ihnen schiffsmäßig oder durch Sonderzuweisung bewilligten Mitteln bereits tatsächlich verwendet und wieviel benötigt werden, um die bereits begonnenen Bauvorhaben zu dem angegebenen Bauabschluß zu bringen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß alle Fragebogen völlig überflüssige Dinge sind, aber wir müssen schon sagen, daß wir gegen die rigorose Stilllegung

von Bauten, gegen die Droßelung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, ganz energig Protest erheben müssen. In einer Zeit, wo für Banken und wirtschaftliche Großunternehmungen jederzeit die nötigen Subventionen vorhanden sind, soll man nicht ein Gewerbe, dessen Grundstoff in Deutschland gewonnen, die von den deutschen Arbeitern mit deutschem Kapital und mit deutschen Löhnen verarbeitet werden können, erdroßeln; oder sogar bereits inwertetes Kapital durch Stilllegungen und Witterungseinflüsse vernichten. — Nun ist eine Notverordnung der Notverordnung angehängt, wonach die Landesregierungen das Recht bekommen sollen, im Notverordnungswege u. a. auch über die Hauszinsermittlung zu verfügen. Wir erheben schon jetzt erneut die Forderung, daß Landesregierungen und Gemeindebehörden den bisher beschrittenen Weg der Droßelung eines der wichtigsten Schlüsselgewerbe der Volkswirtschaft verlassen und alles tun, was geeignet ist, soweit Kapital wie möglich dem Wohnungsbau zuzuleiten. Man möge endlich begreifen, daß wir an einem entscheidenden Wendepunkt der kapitalistischen Wirtschaft angelangt sind. Man möge begreifen, daß es nicht darauf ankommt, mit allen Mitteln und allem Kampf die in ihrem Gefüge knisternde Privatwirtschaft aufrechtzuerhalten, sondern daß es darauf ankommt, den Einfluß der öffentlichen Hand in der Wirtschaft zu stärken. Eine der besten Möglichkeiten ist hierfür der Wohnungsbau. In dieser wirtschaftlich entscheidenden Stunde müssen die Organe des Staates, der Länder und Gemeinden viel mehr als bisher auf der Seite der wirklich Existierenden, auf der Seite derer stehen, deren Hände und deren Geist jederzeit bereit sind, sich zum Wohle der Gesamtheit im Produktionsprozeß zu betätigen!

Magner Trost. Wie wir der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entnehmen, hat der Reichszahler bei seinem bekannten Interview durch den Amerikaner Frederick bei seiner Vermutung, daß wir im nächsten Winter in Deutschland 7 Millionen Arbeitslose haben dürften, erklärt, daß es vielleicht nicht so schlimm kommen werde, da zum Beispiel die Tätigkeit auf dem Baumarkt bereits im Sommer fast zum Stillstand gekommen sei und die meisten Arbeiter im Baugewerbe bereits jetzt beschäftigungslos seien, so daß in diesem Gewerbegebiet kein Anstellen der Arbeitslosigkeit für den Winter zu erwarten sei. Brünning hat vollkommen recht; wenn 100 % der Arbeiter eines Berufsgebietes arbeitslos sind, dann kann diese Arbeitslosenzahl allerdings nicht mehr gesteigert werden. Jedenfalls ist dies aber kein Trost für die Bauarbeiterchaft, und wir müssen immer wieder verlangen, daß das maßlose Elend der Bauarbeiter, erzeugt durch dauernde unerhörte Arbeitslosigkeit, unbedingt abgewendet werden muß. Dies liegt nur in der Richtung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik!

„Wir klagen an!“ So nennt sich ein in bombastisch-revolutionärem Stil gehaltenes Flugblatt, das uns durch den ehemaligen Maurer Fritz Hedeker mit revolutionärem Gruß von dem Reichskomitee der RWO zugesellt wird. Hedeker hat früher in unserer Bewegung eine unruhliche Rolle gespielt, heute ist er längst wohlhabender Agent für russische Auslandsinteressen. In dem Flugblatt belagern sich (angeblich) 25 000 Proleten darüber, daß sie wegen ihrer „revolutionären“ Gesinnung aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen worden sind. Diese „Inklage“ ist insofern originell, als die Inklagten sich selbst bezichtigend darin eine „ausführliche“ und vollkommen ausreichende Begründung dafür erbringen, weshalb sie im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften ausgeschlossen wurde. Wir lesen ferner, daß die hinausgeworfenen nunmehr mit „revolutionärem“ Geist für die RWO werden, jenes humanistisch-hansmurrige revolutionäre Gewerkschaftsgebilde, das umfassende Gewerkschaftskämpfe mit Bettelkuppen finanziert und nebenbei überall „führt“. Wir haben von diesem Witz die gebührende Notiz genommen und ihn in den Abdruck unseres Papierkorbes verfenkt. Möge er die ihm gebührende Aufzeichnung feiern!

Verursachte Fortbildung der Hamburger Maurer. Strebenden Hamburger Maurern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Seindamm 81 bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit sich in Theorie, Praxisfragen und Entwurfsarbeiten auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Mauerkonstruktionen, Gemäuerbau, Entwerfen von Eisenbauten, Verleihen, Baustoffe- und Einfließenhäutern, über Veranschlagung, Bauführung, Eisenbetonbau, Statistik der Baukonstruktion u. m. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtsabgabeprogramm beginnt Mitte Oktober. Programme und Auskunft täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt besonders hingewiesen.

Maurer und Zimmerer!

Bei Neuanschaffungen
nur
GEG-ARBEITSKLEIDUNG!

Sie ist solide und preiswert!
In allen KONSUMVEREINEN,
die Textilwaren führen.

GEG-KLEIDERFABRIK SEIFENNERSDORF

